

Pressemitteilung:

Die AfD instrumentalisiert die Opfer homo- und trans*feindlicher Übergriffe

Hamburg, 30.07.2018 – Während die AfD im Bund die Ehe für alle wieder abschaffen will, stilisiert sich die AfD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft zur Garantin von LGBTIQ+-Rechten gegenüber „fanatischen Muslimen“. Hamburg Pride e.V. weist diese fremdenfeindliche Instrumentalisierung von tatsächlichen und potenziellen Opfern entschieden zurück.

In einer Pressemitteilung behauptet der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bürgerschaftsfraktion, Harald Feineis, die AfD habe als „einzige Partei den Mut, die Ursachen der sprunghaft angestiegenen Zahl beleidigender oder gewalttätiger Übergriffe gegen Homo, Inter- und Transsexuelle zu benennen“. Dieser liege in der „massenhaften und weitgehend unkontrollierten“ Ankunft von „fanatischen Muslimen aus patriarchalisch geprägten Clan-Gesellschaften“. Die Partei Sorge so „auch dafür, dass ein Christopher Street Day in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ebenso unbeschwert stattfinden kann wie heute.“

Hierzu erklärt Stefan Mielchen, Erster Vorsitzender von Hamburg Pride e.V.:

„Dass sich die als AfD Schutzmacht des CSD und der dort demonstrierenden Menschen geriert, ist lächerlich und durchschaubar. Die Partei versucht, Minderheiten gezielt gegeneinander auszuspielen und Schuld einseitig zuzuweisen. Ihr geht es nicht darum, die Ursachen homo- und trans*feindlicher Übergriffe zu bekämpfen, sondern ihre rassistische Agenda zu bedienen. Ausgrenzung und Gewalterfahrungen prägen unseren Alltag seit vielen Generationen. Sie lassen sich nicht auf eine Gruppe von Täter*innen reduzieren. Über die Täter*innen und die Ursachen von Gewalt muss ohne Tabu geredet werden. Die AfD aber instrumentalisiert potenzielle oder tatsächliche Opfer, weil es ihr beim Schüren von Hass gegenüber Muslimen nützlich erscheint. Das ist nicht mutig, sondern erbärmlich.“

Die Partei will weder die Rechte noch die Würde von LSBTIQ+ schützen oder stärken. Führende Repräsentant*innen der AfD stellen die Akzeptanz von Homosexualität und die Rechte sexueller Minderheiten immer wieder öffentlich in Frage. Die Partei will die Ehe für alle wieder abschaffen lassen, kämpft gegen ein Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung, gegen eine zeitgemäße Sexualaufklärung und gegen eine Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um die Merkmale sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität. Die AfD ist deshalb nicht unser Freund, sondern der politische Gegner der Pride-Bewegung.“

Zum Hintergrund:

Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) stellt für die Jahre 2015 und 2016 einen starken Anstieg an Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung fest. Diese Zahlen gingen allerdings 2017 leicht zurück. Gleichzeitig führt die PKS 2017 an, dass rechte Ideologien etwa ein Drittel der Hasskriminalität gegenüber LSBTIQ+ ausmachen. Ausländische oder religiöse Ideologien seien nur für 14 bzw. 9 der registrierten Fälle von Hasskriminalität verantwortlich. (1)

Tatsächlich sind Übergriffe gegen Homo-, Bi-, Trans*- und Inter*sexuelle in Deutschland leider kein neues Phänomen, sondern haben eine lange und traurige Tradition. Nicht zuletzt bildeten rechtliche Regelungen wie der §175 in der Bundesrepublik die Grundlage für eine lange andauernde Kriminalisierung und Stigmatisierung von sexuellen Minderheiten und bereiteten auch gewalttätigen Übergriffen auf LGBTIQ+ den Boden.

Kriminalstatistik nur bedingt aussagekräftig

Diese Daten sind jedoch nur bedingt aussagekräftig. Zum einen werden solche Zahlen bundesweit unterschiedlich, meist unzureichend, erhoben und klassifiziert. Daher lautet eine der Forderungen des HAMBURG PRIDE, sogenannte Hassverbrechen aufgrund der sexuellen Orientierung bzw. der geschlechtlichen Identität explizit im deutschen Strafrecht zu verankern.

Gleichzeitig hängt die registrierte Zahl an Übergriffen auch damit zusammen, wie viele Menschen sich trauen, Übergriffe anzuzeigen. Wir gehen von einer weiterhin hohen Dunkelziffer im Bereich Hasskriminalität aus.

Aktionen wie „HARDCARE“, ein gemeinschaftliches Projekt zwischen der Polizei Hamburg, Hamburg Pride e.V., dem JungLesbenZentrum und dem MHC sollen Zivilcourage fördern und können zu einer höheren Anzeigebereitschaft führen.

Weitere Informationen hierzu finden Sie hier: <http://www.team-hardcare.de>

(1) BMI (2018): Straf- und Gewaltdaten im Bereich Hasskriminalität 2016 und 2017. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2018/pmk-2017-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=3